

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. In-
sertionspreis: die kleinste
Zeile 10 Pf.

Abonnement
viertelj. 1 M. 20 Pf. (incl.
Illustr. Unterhaltbl.) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

40. Jahrgang.

Nr. 31.

Dienstag, den 14. März

1893.

Der Herr Bürgermeister von Grünhain, sowie die Herren Gemeindevorstände im Verwaltungsbezirk der unterzeichneten königlichen Amtshauptmannschaft werden unter Hinweis auf § 14 der Verordnung vom 4. April 1879 (Ges. u. Verordn.-Bl. v. 3. 1879, S. 165) veranlaßt, über die in ihren Gemeinden wohnhaften oder anwesenden, **über 14 Jahre alten Katholiken**, soweit dieselben ein eigenes Einkommen haben, einschließlich der nach § 3 des Einkommensteuergesetzes vom 2. Juli 1878 für ihre Person beitragspflichtigen katholischen Ehefrauen, ein nach Anleitung des der angezogenen Verordnung beigedruckten Formulars (S. 171 u. 172 des Ges. u. Verordn.-Bl. v. 3. 1879) anzufertigendes **Verzeichnis** unter Angabe der von einer jeden Person zu entrichtenden, im

Einkommensteuer-Ortskataster ausgeworfenen Normalsteuerfäge und der Zahl der auf den Grundstücken der nicht am Orte wohnenden Grundstücksbesitzer ruhenden Steuereinheiten, dafern aber anlagepflichtige Katholiken in ihren Gemeinden sich nicht aufhalten, einen **Vacatschein** bis

zum 15. April 1893

anher einzureichen.

Schwarzenberg, am 10. März 1893.

Königliche Amtshauptmannschaft.
Fhr. v. Wirking.

D.

Die Krisis.

Am Freitag haben in der Militärkommission des Reichstages die ersten grundlegenden Abstimmungen stattgefunden. Es sind sowohl die Regierungsvorlage, wie auch der Antrag Richter, es bei der bisherigen Friedensstärke zu belassen, wie endlich der Antrag Bennigsen, die vierten Bataillone schon jetzt zu bewilligen, abgelehnt worden. Ein der Regierung irgendwie annehmbarer Gegenvorschlag wurde bisher nicht gemacht und so fragt man sich allseitig, was nun kommen werde.

Unbedingte Gegner jeglicher Erhöhung der Militärlasten sind das Zentrum, die Deutschfreisinnigen und die Sozialdemokraten. Die freisinnige Partei ist insofern auszunehmen, als sie der zweijährigen Dienstzeit zustimmt und mit deren eventueller Einführung höhere Ausgaben im Vergleich zu den jetzigen erforderlich sein würden. Die Reichsregierung hat hierin aber kein Entgegenkommen erblickt und als der freisinnige Abg. Pinze (früher Major) für die vierten Bataillone eintrat und sich damit in Gegensatz zu seinem Fraktionsgenossen Eugen Richter brachte, hoffte man auf Seiten der Konservativen und National-liberalen, es werde sich ein Theil der Freisinnigen und des Zentrums von dem Gros ihrer Parteien abspalten und so etwas zu Stande bringen helfen, was zwar nicht vollständig die Forderungen der Regierung befriedigt, diesem Zustande jedoch nahekommt.

Indessen ist diese Aussicht heute vollständig geschwunden. Eine Fraktionsitzung der Freisinnigen hat die Einigkeit dieser Partei wieder hergestellt und von Zentrumsseite ist nie etwas anderes behauptet worden, als daß man jeglicher Erhöhung der Militärlasten entgegen sei. Welcher Partei man auch angehören mag, immer wird man anerkennen müssen, daß die Haltung des Reichskanzlers in dieser Frage eine durchaus würdige war. Er vertrat die Vorlage als ein durchdachtes und einheitliches Ganzes, von dem sich nichts abhandeln lasse. Er hat nichts vorgeschlagen, um nach gewisser Art Kaufleute später abzulassen, sondern von vornherein das nach seiner Ueberzeugung Nothwendige, — nicht weniger, aber auch nicht mehr — gefordert. Bisher hatte er durch das strenge Festhalten an dieser Forderung die Führung in der ganzen Angelegenheit. Die ihm gemachten Gegenvorschläge bezeichnete er als nicht annehmbar und in wochenlangen Verhandlungen mit der Kommission hat er den Standpunkt der Reichsregierung vertreten, obwohl er sich gar nicht persönlich hätte zu engagiren brauchen, sondern die Vertretung der Vorlage dem Kriegsminister überlassen können. Aber hier wiederholt sich dieselbe Erscheinung wie bei der vorjährigen Schulvorlage im preuß. Landtage. Auch dort trat Graf Caprivi mit voller Verbe persönlich für die Vorlage ein, deren Vertretung doch in erster Linie dem damaligen Kultusminister obgelegen hätte.

Am Freitag, nach dem die Kommission bei der Abstimmung die Vorlage abgelehnt hatte, verließ der Reichskanzler zum ersten Male seinen bisher fest innegehaltenen Standpunkt, indem er um annehmbare Vermittelungsvorschläge ersuchte. Der Richter'sche Vorschlag war vom Reichskanzler selbst als ein solcher bezeichnet worden, über den sich nicht debattiren ließe; auch der Bennigsen'sche Antrag enthielt nicht dasjenige Maß von Entgegenkommen, auf das der Kanzler rechnet. Aber selbst diese zu wenig bietenden Anträge sind von der Kommission abgelehnt worden; das gleiche Schicksal würden aber erst recht solche

Anträge haben, die weitergehen und mehr als bisher zugestehen.

Das Ergebnis der ganzen Kommissions-Verhandlungen ist, daß vom gegenwärtigen Reichstag die Zustimmung zur Militärvorlage nicht zu erwarten ist. Daß nach einer Reichstagsauflösung die Neuwahlen eine Mehrheit für das neue Militärgesetz ergeben werden läßt sich nicht bestimmt voraussagen; denn die Volksstimmung ist unberechenbar und die Militär-vorlage würde nicht allein der Wahl-Kampagne den Charakter aufdrücken. Die agrarische Agitation gegen die Handelspolitik der Regierung, der Antisemitismus und die Sozialdemokratie sind gleichfalls Faktoren, mit denen gerechnet werden muß und die sich in einer Wahlbewegung sehr stark geltend machen würden.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Am 1. April dieses Jahres tritt das Reichsgesetz, betreffend die Einführung einer einheitlichen Zeitbestimmung, in Kraft. Voraussichtlich wird sich die gleichzeitige und gleichmäßige Annahme der neuen Zeitbestimmung in allen Bundesstaaten, in welchen die mitteleuropäische Zeit nicht schon gegenwärtig angewendet wird, ohne Schwierigkeiten vollziehen, wenn nicht nur die öffentlichen Verkehrsanstalten, sondern auch die Behörden bei der Ordnung ihres Dienstes und bei allen Zeitangaben sich vom 1. April ab alsbald ausschließlich der mitteleuropäischen Zeit bedienen wollen. Dies läßt sich aber dadurch befördern, daß für rechtzeitige Umstellung aller öffentlichen Uhren Sorge getragen wird, alle öffentlichen Uhren daher vom Morgen des 1. April ab alsbald die neue Zeit anzeigen. Zuverlässige Angaben über die letztere zu erhalten, wird nirgends auf Schwierigkeiten stoßen, da bei allen Eisenbahnstationen u. Telegraphenanstalten die Abweichung der neuen Zeit von der Ortszeit bekannt ist. Von dem Reichskanzler ist, wie der „Reichs- und Staats-Anz.“ mittheilt, den Bundesregierungen die Anregung gegeben worden, in diesem Sinne die Behörden anzuweisen. So ist zu erwarten, daß der Uebergang zur neuen Zeit rasch, in weiten Kreisen der Bevölkerung sogar ohne jede bemerkbare Einwirkung vor sich gehen wird.

— Berlin, 11. März. Ueber die gestrige Abstimmung der Militär-Kommission hat der Reichskanzler unmittelbar nach der Sitzung dem Kaiser Vortrag gehalten. Heute trat das Staatsministerium unter dem Vorsitz des Grafen zu Eulenburg zu einer Sitzung zusammen, welcher der Reichskanzler Graf v. Caprivi und der Kriegsminister v. Kaltenborn-Stachau beiwohnten. Niemand konnte daran zweifeln, daß die plötzlich beschleunigte Abstimmung der Kommission über die Militärvorlage ein vollständig negatives Ergebnis haben würde. Aber ebenso zweifelt wohl Niemand daran, daß diese Abstimmung für das schließliche Schicksal der Militärvorlage nicht maßgebend sein wird. Die wirkliche Entscheidung wird wahrscheinlich erst bei der dritten Lesung im Reichstage fallen. Bis dahin dürften noch zwei Monate vergehen, eine hinreichend lange Frist, während welcher sich Manches ereignen kann. Nach der seitherigen Haltung des Reichskanzlers ist nicht anzunehmen, daß in der Kommission das letzte Wort gesprochen werden wird. Die eigentlichen Verständigungsversuche werden nach der nunmehr vorherrschenden Ansicht erst zwischen der zweiten und dritten Lesung im Reichstage seitens des leitenden Staatsmannes unternommen werden. Erst dann wird die Regierung übersehen können, für welche

Höchstforderung sie allenfalls auf eine Mehrheit im Reichstage hoffen darf.

— Für die Wiedereinführung der Verurteilung gegen die Urtheile der Strafkammer soll sich von den befragten Oberlandesgerichten in ganz energischem Maße das Berliner Kammergericht ausgesprochen haben. Wie man erfährt, ist für das vom Kammergericht abgegebene Gutachten die reiche Erfahrung bestimmend gewesen, die es bei Prüfung von Beschwerden der Verurtheilten gegen die ablehnenden Beschlüsse in Wiederaufnahme-Sachen gesammelt hat.

— Italien. Aus Rom schreibt man der Wiener „Pol. Korr.“: Die überaus hohe Befriedigung, die sich in den Kundgebungen der italienischen Presse über den angekündigten Besuch des deutschen Kaiserpaars in Rom anlässlich der silbernen Hochzeit des italienischen Königspaares äußert, hat wieder einmal die Popularität des Dreibundes in Italien darzuthun. Von den Gegnern dieser Allianz wird bekanntlich versucht, jedes irgendwie für eine solche Auslegung geeignete Vorkommnis als ein Symptom der Unsicherheit dieses Bündnisses oder als ein Anzeichen der Trübung desselben darzustellen. Insbesondere lehrt aber auf der bezeichneten Seite immer die Behauptung wieder, daß der Vertrag, der Italien so eng mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn verknüpfte, im Königreiche der Volksheiligkeit entbehre. Es ist dies hundertmal durch die mannigfachen Manifestationen, sowie durch Thatsachen und in besonders eklatanter Weise, durch die letzten Kammerwahlen widerlegt worden, und die freudige Einstimmigkeit, mit welcher die italienischen Blätter den bevorstehenden Besuch des deutschen Kaisers in Rom begrüßen, zeigte auf's Neue, in welchem Maße die Volksheiligkeit des Dreibundes sich ausgedehnt und befestigt hat. Wenn die französischen Blätter sich beeilen, diesem Ereignisse die politische Bedeutung, noch ehe dieselbe von der italienischen Presse besonders hervorgehoben worden wäre, abzusprechen, so beweist dies nur, wie gut man eigentlich in Paris den Sinn der bevorstehenden Monarchenbegegnung sofort erkannt hat. Kaiser Wilhelm II. wird in der zweiten Hälfte des nächsten Monats in der italienischen Hauptstadt nicht bloß als Freund des Königs Humbert erscheinen, sondern auch als Verbündeter bei dem Verbündeten und als Freund Italiens. Und diese Empfindung ist es, welche den freudigen Äußerungen der italienischen Presse über die persönliche Theilnahme des deutschen Kaiserpaars an dem in Rom bevorstehenden Feste ungewöhnliche Wärme geliehen hat.

Locale und sächsische Nachrichten.

— Eibenstock. Zur Musterung gelangten am 10. März ds. Js. aus Eibenstock 119 Geseßungspflichtige und zwar:

70	aus dem Jahrgang 1873
24	„ „ 1872
25	„ „ 1871

Von diesen 119 Mann wurden 59 zurückgestellt (41 aus dem Jahrgang 1873 und 18 aus dem Jahrgang 1872), 10 dem Landsturm 1. Aufgebots überwiesen (3 aus dem Jahrgang 1873, 1 aus dem Jahrgang 1872, 6 aus dem Jahrgang 1871). Von den verbleibenden 50 Mann wurden 38 ausgehoben und 12 — sämtl. aus dem Jahrgang 1871 — der Ersatzkommission überwiesen, davon 5 nicht übungspflichtig. Die ausgehobenen Mannschaften vertheilen sich mit 30 auf die Infanterie und 8 auf die Kavallerie. Sie wurden zugetheilt: 21 der Infanterie, 3 den Schützen, 2 den Grenadiere, 2 den Pionieren, 2 den